



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Neujustierung und gezielte Weiterentwicklung der Beziehungen des Landes Schleswig-Holstein zu China“ (Drucksache 20/411)

Neuausrichtung der China-Beziehungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die geopolitische Lage, geprägt unter anderem durch die Unterbrechung von Lieferketten als Folge der Corona-Pandemie und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, hat in der jüngeren Vergangenheit auch die Risiken aufgrund von globalen Abhängigkeitsverhältnissen deutlich offen gelegt. Dies fördert protektionistische Entwicklungen, die der Landtag ablehnt.

Auch der bereits länger schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und der Volksrepublik China hat globale Folgen.

Der Landtag bekräftigt demgegenüber sein Bekenntnis zu Globalisierung und fairen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Protektionismus kann keine Antwort sein. Wir setzen auf faire WTO-konforme Handelsbeziehungen zwischen den Ländern. Dies bedeutet andererseits auch europäische Antworten zu finden, wenn protektionistische Maßnahmen den Wettbewerb verzerren.

Die aktuelle geopolitische Lage zeigt deutlich, dass sich Wirtschaftspolitik und -beziehungen sowie Handel deutlicher ausdifferenzieren müssen, um Deutschland aus der Abhängigkeit in einzelnen Bereichen von einzelnen Ländern zu lösen, insbesondere wenn es sich um autokratische Regime handelt. Gerade bei der Energieversorgung hat sich gezeigt, dass Deutschland durch mehr eigene Energieversorgung u.a. durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien aber auch durch einen ausdifferenzierten Import von Energie unabhängig wird. Hierbei kommt Schleswig-Holstein eine Schlüsselrolle zu. Mit unserem Ziel, erstes klimaneutrales

Industrieland in Deutschland zu werden, verbessern wir nicht nur die wirtschaftlichen Potenziale des Landes, sondern auch die Energieunabhängigkeit.

Des Weiteren muss die Außenhandelsstrategie der Bundesrepublik Deutschland auf eine viel stärkere Diversifizierung der Exportmärkte in Übersee und multilaterale Handelsbeziehungen setzen, um einseitige Abhängigkeiten zukünftig auszuschließen. Daher begrüßt der Landtag, dass die Bundesregierung Maßnahmen vorbereitet, um deutsche Auslandsinvestitionen stärker zu diversifizieren und auf eine breitere Grundlage zu stellen und dafür das Instrument der Investitionsgarantien auf dieses Ziel anzupassen. Die Weiterentwicklung der Beziehungen zu China bedeutet auch, Unternehmen dabei zu unterstützen, im asiatisch-pazifischen Raum und anderen Regionen der Welt neue Märkte zu erschließen, um damit Abhängigkeiten zu verringern und Klumpenrisiken zu vermeiden.

Der Landtag betont die universelle Geltung der Menschenrechte und internationaler Verträge. Insbesondere der Schutz von Menschenrechten sowie die Einhaltung internationaler Abkommen zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind für uns ein wichtiger Grundstein für gut funktionierende internationale Handelsbeziehungen. Eine Neuausrichtung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit China muss die Lage der Menschenrechte, etwa mit Blick auf die Situation der Uiguren, fest im Blick behalten.

Die Komplexität der Beziehungen zu China macht die China-Strategie der EU besonders deutlich, in der China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale bezeichnet wird. In verschiedenen Bereichen ist China ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng abgestimmte Ziele verfolgt, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU einen Interessensausgleich finden muss, zugleich ein wirtschaftlicher Konkurrent in Bezug auf technologische Führung sowie ein Systemrivale, der alternative Governance-Modelle verfolgt und europäische Standards bei Grundrechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit nicht einhält. Der Landtag stellt dabei fest, dass sich China durch die aggressive Außenpolitik gegenüber Taiwan, der aggressiven Neue Seidenstraßen-Politik, der Nähe zu Russland trotz des Überfalls auf die Ukraine sowie der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen innerhalb Chinas, beispielsweise gegenüber den Uiguren, immer weiter weg von einem Partner hin zu einem Konkurrenten und Systemrivalen entwickelt.

Gleichwohl muss der Landtag feststellen, dass vor allem China ein wichtiger Handelspartner ist und aller Voraussicht nach bleiben wird. China ist nach den USA der zweitgrößte Importeur deutscher Exportwaren und deswegen von herausragender Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Auch die weltweite Herausforderung des Klimawandels wird nur zusammen mit dem größten CO² Emittenten China zu bewältigen sein und nicht ohne ihn.

Der Landtag bitte die Landesregierung, vor diesem Hintergrund und auch der Verabschiedung der China-Strategie der NATO die Überarbeitung der China-Strategien der EU und Deutschlands positiv zu begleiten. In Abstimmung mit diesen Prozessen sind die strategischen Beziehungen Schleswig-Holsteins zu China anzupassen und weiterzuentwickeln. Dabei wird für die Zukunft von elementarer Bedeutung sein, die kritische Infrastruktur unseres Landes vor chinesischem Einfluss zu schützen. Dies gilt auch für Beteiligungen von unter 25 Prozent, um beispielsweise

den Zugriff auf wichtige Informationen zu verhindern. Auch die Abhängigkeit bei wichtigen Ressourcen und Produkten wie beispielsweise Halbleitern ist zwingend zu reduzieren und Importe auszudifferenzieren, um dort nicht in weitere oder neue Abhängigkeiten zu geraten.

Ebenso sind Übernahmen von Technologieunternehmen neu zu bewerten, die dazu führen, dass technologisches Know-How an Erwerberinnen und Erwerber aus Nicht-EU-Ländern abfließt und damit eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands darstellen können. Dies hat die Diskussion um den Kauf einer Chip-Fabrik in Dortmund durch einen chinesischen Investor gezeigt, der von der Bundesregierung schließlich nicht genehmigt wurde. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag, dass die Bundesregierung weitere Maßnahmen angekündigt hat, um strategische Unternehmensübernahmen durch Investoren von außerhalb der EU stärker zu überprüfen und gegebenenfalls zu untersagen.

Der Landtag erwartet aber von der Landesregierung – gerade auch im Rahmen der Partnerschaft mit der Provinz Zhejiang – eine stärkere Betonung der Einhaltung der Menschenrechte, des Schutzes von Minderheiten und der Gewährung gegenseitigen Marktzugangs als Voraussetzung für eine Vertiefung dieser Beziehungen. Da der Landtag gute Handelsbeziehungen und gegenseitige Kontakte für wichtig hält, wird er weiterhin die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) in Hangzhou kritisch-konstruktiv begleiten.

Rasmus Vöge
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion